

MINISTERSTVO NÁRODNÍ BEZPEČNOSTI
ARCHIVNÍ A STUDIJNÍ ODBOR

Dodalo

Čj.

109 - 5 / 68

Přílohy

20 listů

56 listů

1. 9. 2009 Juncil

Krab. 102.

ST S

V - E - 65/42.

V - E - 64/42.

V - E - 62/42 geb.

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
- IV D 4 - 660/41 g -

Berlin; den 12. Mai 1942

1
Büro des Staatssekretärs
für den Reichsbereich
in Berlin und München.
Eing.: 26. MAI 1942

An
alle Staatspolizei - leit - stellen,
den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
in Oslo,
den Beauftragten für die innere Verwaltung beim
Bevollmächtigten des Deutschen Reiches
in Kopenhagen,
den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
für die besetzten niederländischen Gebiete
in Den Haag,
den Beauftragten des Chefs der Sicherheitspolizei
und des SD für den Bereich des Militärbefehlshabers
in Belgien und Nordfrankreich
in Brüssel,
die Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD
in Veldes und Marburg,
den Beauftragten des Chefs der Sicherheitspolizei
und des SD beim Chef der Zivilverwaltung in der
Untersteiermark
in Graz,

Nachrichtlich

den Höheren W- und Polizeiführern,
den Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD,
den SD - Leit - Abschnitten,
den Dienststellen des Reichssicherheitshauptamtes
- Verteiler C -

1a

dem Beauftragten des Chefs der Sicherheitspolizei
und des SD für den Bereich des Militärbefehlshabers
in Frankreich

in Paris,

dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD

in Prag,

dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD

in Krakau,

dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD

in Straßburg,

dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
in Lothringen - Saarpfalz

in Metz,

der Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei und des SD

in Belgrad.

Betr.: Betätigung der Deflag (Deutsch-flämische Arbeits-
gemeinschaft).

Die Tätigkeit der Deutsch-flämischen Arbeitsgemeinschaft
(Deflag) ist im gesamten deutschen Reichsgebiet zugelassen. Da es sich bei der Deflag um eine unter deutscher Führung stehende Organisation handelt, der die Betreuung der flämischen Arbeiter im Rahmen der DAF obliegt, ist eine Tätigkeit der Deflag auch in den Betrieben und in den Arbeitslagern zugelassen.

Aufbau und Ziele der Deflag sind folgende:

Die Deutsch-flämische Arbeitsgemeinschaft (Deflag - Die Fahne) wurde 1935 mit Unterstützung der zuständigen Reichsbehörden gegründet und seit der Besetzung Belgiens auf eine neue breitere Grundlage gestellt. Sie



97467

hat die Aufgabe, den geistigen Austausch zwischen Deutschland und Flandern durchzuführen, wobei ihr Schwergewicht auf der weltanschaulichen Ausrichtung und der Menschenführung im Sinne des Nationalsozialismus liegt. Sie wendet sich dabei nicht nur an die Mitglieder, sondern an alle Kreise des flämischen Volkstums, insbesondere vermittelt sie die gesamte Arbeit der flämischen Organisationen mit deutschen Dienststellen der NSDAP, ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden. Ihre Arbeit erstreckt sich auf die kulturelle, völkische und soziale Ebene. Als Mittel zur Durchführung ihrer Aufgabe bedient sie sich aller Möglichkeiten des geistigen Austauschs: das geschriebene und gesprochene Wort, Bild und Film, Musik, Ausstellung und dergleichen.

Präsident der Deflag ist W-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-W B e r g e r . Die propagandistische Tätigkeit der Deflag erfolgt nach den Weisungen des Reichspropagandaministeriums. Die Funktion der Deflag als Mittler zwischen Deutschland und Flandern wird dadurch gewährleistet, dass die Vertreter sämtlicher in Betracht kommenden obersten Reichs- und Parteidienststellen den Führungsrat bilden.

Die Deflag gliedert sich in einen deutschen (im Reich) und einen flämischen Sektor (in Belgien), dessen Leiter ein Flame ist. Die Organisation der Deflag in Belgien besitzt heute schon über 130 Ortsgruppen. Ihre Mitgliederzahl reicht schon jetzt annähernd an die der national-flämischen Partei (den flämischen Nationalverband (VNV) heran. Die Deflag ist als zwischenvölkische Organisation keine Partei, sondern eine prodeutsche Volksbewegung. In ihren Reihen stehen Vertreter aller flämischen Gruppen. Zwischen der antiklerikal, grossdeutsch und nationalsozialistisch ausgerichteten flämischen W und der Deflag bestehen enge Bindungen, Während der grossdeutsche Flügel des VNV ebenfalls

2a

der Deflag angehört, erwachsen ihr (Deflag) durch die flämisch-separatistisch und vielfach grossdietsch eingestellte Führung des VNV häufig Schwierigkeiten. Soweit solche im Reichsgebiet auftreten, sind sie im Sinne der Erhaltung des Arbeitsfriedens entsprechend zu regeln.

Es muss noch darauf hingewiesen werden, dass dem VNV vom Militärverwaltungschef in Belgien bisher die Berechtigung untersagt wurde, sich nationalsozialistische Bewegung zu nennen.

Besonders erwähnenswert ist, dass die geistige Betreuung der flämischen Arbeiter im Reich im Einvernehmen mit dem Volkspolitischen Amt der DAF durch die Deflag erfolgt.

gez. H e y d r i c h
H-Obergruppenführer

Beglaubigt:
Müller
Kanzleiangestellte



97466

Prag, den 7. Juli 1944.

NA

1.) Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

W-Standartenführer Weinmann.

Ein Diplom-Kaufmann Dr. Max Bubb, Zürich VII, Forchstrasse 231, der in Deutschland groß geworden und mit einer Deutschen verheiratet ist, beabsichtigt, mit Rücksicht auf die politische Entwicklung in der Schweiz, die ihm und seiner Frau nicht zusagt, in das Reich zurückzukehren. Dr. Bubb will sich mit seiner Frau in Prag niederlassen. W-Obergruppenführer Frank interessiert sich für den Fall persönlich und hat den Wunsch, daß Sie Bubb bei der Erlangung der Rückreisegesichtvermerke behilflich sind. Bubb hat den Antrag auf Ausstellung dieser Sichtvermerke bei der Paßabteilung des Deutschen Generalkonsulats in Zürich gestellt. Das Generalkonsulat seinerseits wird den Antrag dem Auswärtigen Amt in Berlin zur Entscheidung zuleiten. Für die entsprechende weitere Veranlassung bin ich zu Dank verbunden.

W-Standartenführer.

2.) z.d.A.



R. F. 44

Sicherheits-Dienst
Nachrichten-Übermittlung

1. an Sachbearbeiter
2. für nachfolgenden Sachbearbeiter
4
85

Aufgenommen g Monat Jahr Zeit von durch		Befördert Tag Monat Jahr Zeit an durch		Raum für Eingangsstempel
Okt. 1942		Verzögerungsvermerk		
Nr.				
Telefonat — Funkspruch — Fernschreiben — Fernspruch				

INNSBRUCK NR 11683 27.10.42 1610 == HO ==

VI B 3 AZ ./ 999/42 NOG ./ PL .- - -

DRINGEND , SOFORT VORLEGEN -

G E H E I M

BETRIFFT : XXX AN DEN SD - LA P R A G M . U . BITTE UM
 SOFORTIGE WEITERLEITUNG AN SS - GRUPPENFUEHRER F P A N K
 ODER DESSEN PERS . REFERENTIN

WACHRICHTLICH : B) AN DEN SD - LEITABSCHNITT W I E N
 Z . HD , V . SS - HAUPTSTURMFUEHRER DR . C H L A N W I E N
 BETR . : MAX B U B B , GEB . AM 7.10.18 IN SINGEN BEI
 BADEN / SCHWEIZ , EVANG . , WOHNORT DER ELTERN SCHWEIZ ,
 NEUHAUSEN , ROSENBERGSTRASSE =

=VORG . : FUER A) OHNE FUER B) DORT . FS NR 4140 V .
 10.8.42 UND NR 9//

SD - LEITABSCHNITTES WIEN WURDEN UEBER DEN OBENGENANNTEN
 ERMITTLUNGEN , DIE AUF GRUND EINER VON DORT NICHT RICHTIG
 ANGEGEBENEN WOHNUNGSANSCHRIFT LAENGERE ZEIT IN ANSPRUCH NAHMEN
 GEFUEHRT , DIE FOLGENDES ERGEBEN HABEN : MAX B U B B WIRD
 ALS SEHR ORDENTLICH UND MIT GUTEN CHARAKTEREIGENSCHAFTEN
 GESCHILDERT , DEM EINE ABGEWANDTE GESINNUNG GEGENUEBER DEM
 DEUTSCHTUM UND DEM NS NICHT ZUGETRAUT WIRD . DER GENANNT
 BESUCHTE DIE OBERSCHULE IN SINGEN A . H . UND GENOSS
 DENSELBN UNTERRICHT WIE DIE DEUTSCHEN SCHUELER . FUER DAS

ya

NATIONALSOZIALISTISCHE GEDANKENGUT SOLL ER BENSO WIE DIE
DIE ANDEREN SEHR EMPFAENGLICH GEWESEN SEIN . E DIES
BESONDERS VON EINEM ZELLENLEITER DER NSDAP , IN DESSEN HAUS
MAX BUBB VERKEHRTE BESTAETIGT . = =

SD LA MUENCHEN ROEM . 3 A - PA 708/42 - SCH

DER FUEHRER DES SD - ABSCHNITTES INNSBRUCK -

11.10.1939 VO XXX 103 XXX VOM.

92163



R. F. 44

Sicherheits-Dienst
Nachrichten-Uebermittlung

1. an Sachbearbeiter: _____

2. zur Kontrolle: _____
115

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit 3. Okt. 1942 11.15 von MVE durch [Signature]		Befördert Tag Monat Jahr Zeit an durch	Raum für Eingangsstempel
Nr. _____		Verzögerungsvermerk [Signature]	[Handwritten notes and stamps]
Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben — Fernspruch			

+ SD LA MUENCHEN NR. 2430 1 3.10.42 1100 AICHM .

-1.) AN DEN BEFEHLSHABER DER SIPO . U . D . SD PRAG
MIT DER BITTE UM D DURCHGABE AN DEN PERSOENLICHEN
REFERENTEN DES SS - O ' GRUPPENF . FRANK ,
SS - O ' STUBAF . G I E S

2.) AN DEN SD - LEITERSCHNITT WIEN . IN KONFERENZ .
BETR . : B U B B 7.10.1918 I SNINGEN
BEI BADEN / SCHWEIZ EV . WOHNORT DER ELTERN :
SCHWEIZ , NEUHAUSEN I . D . RHEINPFALZ ,
RIESENGEBIRGSTRASSE 87 , DERZ . WOHNUNG : WIEN
LANNENSTR 30

VORG . : FS DES SD - LA WIEN NR .
B U B B , DER AUF GRUND SEINER AUSLAENDISCHEN
STAATSANGEHOERIGKEIT DER PARTEI ODER EINER IHRER
FORMATIONEN ALS MITGLIED NICHT ANGEOEAREN KANN ,
ER HAT SICH WAEHREND SEINES HIERSEINS ALS
STUDENT DER TH - MUENCHEN OHNE BEANSTANDUNG GEFUEHRT
WAEHREND DER ZEIT SEINES AUFENTHALTS IN MUENCHEN VOM
11.10.1939 BIS 24.4.1942 IN POLITISCHER HINSICHT
DEN LEBENSBEDINUNGEN IN DEUTSCHLAND WILLIG ANGEPASS
UEBER DEN OBENGENANNTEN ERMITTLUNGEN ZU BEANSTANDUNGEN
INEN ANLASS GEGEBEN

6

Prag, den 25. August 1942.

Die Schriftsteller
 610
 27/8 Post Prag
 Schmidt
 34 Hötter
 (Abschrift)

4/1

1.) Telegramm:

Frau
 Helga Bubb - Wessely,
 W i e n ,

 Operngasse 30,
 bei Frau Hilde Lerch.

Liebe Helga,

Dir und Deinem Manne zum Hochzeitstage die herzlichsten Glückwünsche und alles Gute für die Zukunft.

Lola und K.H. Frank

2.) Z.d.A.

T 8 - 64/42

Tel. 519-41 / +
7 / 114

Herrn Staatssekretär
W-Gruppenführer K.H. FRANK

Prag XIX., Yorkstrasse .

V 8-64/42

11 155
Tipl. Kfuu. choy Bubb
Helga Bubb - ^{711.} Vessly
zinger ihre stoffmutter
Vermählung an.

200 St.

8

~~Reichmann~~
Reichmann -
Reichmann

~~Reichmann~~
Reichmann
8.

11 155
Mien, im Aug. 1942.

1/2

~~the address see~~

~~Miss Wessing~~

~~4 Grace Street~~

~~Worcester~~

~~September 30.~~

80

67176



Autograph.

150

ms. 1000 papers

1850



9

DIPL. KFM. MAX BUBB

HELGA BUBB-WESSELY

ZEIGEN IHRE VERMAHLUNG AN.

NEUHAUSEN,

Schweiz

TETSCHEN,

Schmeykalstr. 8.

WIEN, IM AUGUST 1942

9a

DIPL. KFM. MAX BUBB

HELGA BUBB-WESSELY

zeigen ihre Vermählung an.

NEUHAUSEN,
Schweiz.

TETSCHEN,
Schmeykalstr. 8.

WIEN, IM AUGUST 1942

70

DIPL. KFM. MAX BUBB UND
HELGA BUBB-WESSELY

DANKEN HERZLICHST FÜR DIE GLÜCKWÜNSCHE
ANLASSLICH IHRER VERMÄHLUNG

WIEN, IM SEPTEMBER 1942

HERR UND FRAU MAX BUBB

11

St.S. V E - 64 a/42.

Prag, den 7. August 1942.

12

1167

7. AUG 1942

20.43

Jr.

FS:

An den
SD-Leitabschnitt Wien,
W i e n .

In Sachen des Schweizer Staatsangehörigen und Studenten der Handelshochschule Wien Max Bubb, Wien XIX, Lannerstraße 39, bestätige ich den Eingang des dort. FS vom 6.d.Mts. - Nr. 4057 und teile mit, daß das FS /-Gruppenführer Frank vorgelegen hat. Gruppenführer Frank läßt bitten, ihn ehestens über das politische Vorleben und die weltanschauliche Haltung von Bubb zu unterrichten. Für die entsprechende weitere Veranlassung bin ich zu Dank verbunden.

gez. G i e s
/4-Obersturmbannführer
und Persönlicher Referent.

1/6/8 42

Prag, den 7. August 1942. 13

ok
- 7. VIII 1942

1.) FS:

An den
SD-Leitabschnitt Wien,
W i e n .

In Sachen des Schweizer Staatsangehörigen und Studenten der Handelshochschule Wien Max Bubb, Wien XIX, Lannerstraße 39, bestätige ich den Eingang des dort. FS vom 6.d.Mts. - Nr. 4057 und teile mit, daß das FS W-Gruppenführer Frank vorgelegen hat. Gruppenführer Frank läßt bitten, ihn ehestens über das politische Vorleben und die weltanschauliche Haltung von Bubb zu unterrichten. Für die entsprechende weitere Veranlassung bin ich zu Dank verbunden.

gez. G i e s
W-Obersturmbannführer
und Persönlicher Referent. *1/10/42*

2.) Wv. am 25.^{9.}1942 bei dem Unterzeichner.

Übergeben am *25.8.42*
25.9.42

Fernschreibstelle

Three empty boxes for station identification

R.-Prof. 3167

Laufende Nr.

Fernschreibname

Angenommen:

Befördert:

Aufgenommen:

Datum:

19

Datum:

6.8.42 19

um:

um:

9.35

an:

von:

durch:

durch:

Wilmann

Rolle:

Stamp: Eing.: -6. AUG. 1942

Bemerkte:

Fernschreiben:

++ SD A LA WIEN NR. 4057 6.8.42 0930= KR==

Posttelegramm:

Fern druch:

AN DEN REICHSPROTEKTOR IN BOEHMEN UND MAEHRN PRAG - BURG - Z. HD. V. SS - O' STUBAF. UM UND PERSONALREFERENTEN G I E S

B ETR.: B U B B MAX , GEB. 7.10.18 SNINGEN B. BADEN , SCHWEIZ , WIEN XIX., LANNERSTRASSE 39----

VORG.: HIES : BLITZ - FS NR. 3390 VOM 27.6.42 - DORT. FS NR. 1459 VOM 24.7.42 ----

UEBER BUBB WIRD ERGAENZEND BERICHTET :--

BUBB DER MIT EINEM ZWEITEN STUDENTEN , DER EBENFALLS SCHWEIZER STAATSBUEGER IST , IN UNTERMIEDE WOHNT , IST ZU HAUSE SELTEN ANZUTREFFEN . NACH HIESIGEN ERHEBUNGEN SOLL ER DE FRANZOESISCHE UND ENGLISCHE SPRACHE BEHERRSCHEN .--

AN DER MUENCHNER TECHNISCHEN HOCHSCHULE , AN WELCHER ER VOR

Unterschrift des Auftraggebers

Fernsprechanschluß des Auftraggebers

808. Hugo Bönke, Berlin W 62

Handwritten: V 8 - 64 a / 42

14a

SEINEM WIENER AUFENTHALT MASCHINENBAU STUDIERT, WURDE
 ER CAND. ING. DIE DIPLOMPRUEFUNG AN DER WIENER HOCHSCHULE FUER
 WELTHANDEL LEGTE ER AM 8.7.42 MIT DER ERFOLGSNOTE "GENUEGEND"
 AB. OB ER SICH MIT DER ABSICHT TRAEGT AUCH DAS DOKTORAT ZU
 ERWERBEN, IST HIER UNBEKANT. BUBBS VATER IST KAUFMAENNISCHER
 DIREKTOR IN DER SCHWEIZ. WEITERE MITTEFLUNGEN, VOR ALLEM UEBER
 BUBBS POLITISCHES VORLEBEN UND WELTANSCHAULICH HALTUNG, KOENNEN
 ERST NACH EINLANGEN DES BERICHTES DURCH DEN SCHWEIZER VM, DER
 DERZEIT NICHT IN WIEN IST, UEBERMITTELT WERDEN. BUBBS FRUHERE
 WOHNUNGSANSCHRIFT LAUTETE: MUENCHEN, ELMANERSTRASSE 17---
 --- DER FUEHRER DES SD - LA WIEN III C 1 PA 3716/42 MZ/ AT--
 I- A- GEZ. M A R S C H E L K E S S - H' STUF+

Handwritten blue ink scribbles

97452

Handwritten blue ink scribbles

R-Prot.Nr 1459

13.40

1) FS:

An den
SD-Leitabschnitt Wien,
W i e n .

In Sachen des Schweizer Staatsangehörigen und Studenten
der Handelshochschule Wien Max Bubb, Wien XIX, Lanner-
strasse 39, bitte ich im Auftrage von B-Gruppenführer
Frank unter Bezugnahme auf die dort. FS vom 27. v. Mts. -
Nr. 3380 und 3390 um eine abschliessende Mitteilung über
das Ergebnis der dort noch laufenden Ermittlungen.

gez. P i e s

1. -Oberscharführer
und Persönlicher Referent. 1. 1942

2) Wv. am 15.8.1942 bei dem Unterzeichner.

DKS 24/7. 1350 NR 1459 16 ZL) LVST WIEN / -HARM

Als Schriftführer
befürwortet die
Lhr
am
R-Prot.
Handwritten signature

Fernschreibstelle

--	--	--

R.-Prot. Nr. 2146

Laufende Nr.

Fernschreibname

Angenommen:

Befördert:

Aufgenommen:

Datum: 19

Datum: 27.6 1942

um:

um: 1320
von: Wien im Gepr

an:

durch: Reinhardt

durch: 134

Rolle:

Berm--- B L I T Z ---

Fernschreiben: SD -- LA WIEN NR. 3390 27.6.42 1315 = KR---

Posttelegramm

Fernspruch:

Abgangstag

Abgangszeit

AN DEN REICHSPROTEKTOR FUER BO

MAEHRN PRAG - BURG -- Z. HD. V. SS - O' STUP
PERSONALREFERENTEN G I E S --- B L I T Z --- P R A G ---

BETR.: MAX - B U B B , GEB. 7.10.1918 IN SNINGEN BEI
BADEN (SCHWELZ ----

VORG.: DORT. BLITZ FS - BR. 1287 VOM 26.6.42 -- HIES.
BLITZ - FS NR. 3380 VOM 27.6/ 27.6.42 --

WIE SOEBEN ER STAPO- REFERENT DER STAATSPOLIZEIESTELLE/
WIEN TELEPHONISCH MITTEILTE, BERUHT DIE VON IHM GEMACHTE
ANGABE, WONACH BUBB BEI IHM SEIT DEM JAHRE

DEUTSCHEN REICH LEBEN SOLL, AUF EINEM IRRTUM ZU DEN
UEBRIGEN AN DER MUENCHNER TECHNIK MASCHINENBAU STUDIERTE.
BUBB BESITZT DERZEIT EINEN GUELTIGEN REISEPASS, WORIN IHM

Unterschrift des Auftraggebers

Fernsprechanschluß des Auftraggebers

16a

DIE AUFENTHALTSGENEHMIGUNG FÜR DAS DEUTSCHE REICH BIS 5.
SEPTEMBER 1942 ERTEILT WURDE . AM 3. JULI 1942 BEABSICHTIGT
BUBB ZUR DIPLOMPRUEFUNG AN DER HOCHSCHULE FÜR WELTHANDEL

DER FUEHRER DES SD - LA WIEN III C 1 MZ/ -OS-

I- V. GEZ. DR . C L A N SS - H' STUF+

ANZUTRETEN

97450

Fernschreibstelle

□ □ □

Laufende Nr.

Prof. 211 21 94

Fernschreibname

Angenommen:

Befördert:

Aufgenommen:

Datum:

19

Datum:

24.6.1942

19

um:

um:

12.30

an:

von:

Sepo

durch:

durch:

216

Rolle:

Vermerke:

++ B L I T Z - FS SD - LA WIEN NR. 3380 27.6.42 1220= KR==
== AN DEN REICHSPROTEKTOR BOEHMEN UND MAEHRN - PRAG =
BURG - Z. HD. V. SS - O' STUBAF. U. PERSNALREFERENTEN HXX

Vermerke für Beförderung vom Absender auszufüllen

(Bestimmungsort)

-- BETR.: MAX B U B B , GEB .7.10.1918 IN SNINGEN BEI
BADEN (SCHWEIZ) EVANG. , WOHNORT DER ELTERN :
SCHWEIZ , NEUHAUSEN IN DER RHEINPFALZ , RIESENBERGSTRASSE 87.
, DZT. W. WIEN 19., LANNERSTRASSE 39---- VORG.: DORT .
BLITZ - FS NR. 1287 VOM 26.6.42 ---- NACH DEN PERSOENLICHEN
ANGABEN BUBBS BEKENNT SICH DIESER ZUR SCHWEIZER
VOLKSZUGEHORIGKEIT , OBWOHL ER ALS MUTTERSPRACHE DEUTSCH
ANGIBT . WEHRDINEST HAT ER BISHER KEINEN GELEISTET .
BUBB IST SEIT 21.4.1942 IN WIEN , WOHNTE IN UERMIEETE IN
EINER VILLA IM WIENER COTTAGEVIERTEL UND ERHAELT CON SEINEM
VATER MONATLICH RM 250.-- BUBB BESUCHTE DIE OBERSCHULE IN

Unterschrift des Auftraggebers

Fernsprechanschluß des Auftraggebers

17a
1922

KONSTANZ UND STUDIERT DANN IN MÜNCHEN 7 SEMESTER TECHNIK UND
WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN. DER GRÖSSTEIL WURDE IHM DAVON AN DER
WIENER HOCHSCHULE FÜR WELTHANDEL ANGERECHNET, SO DASS ER DERZEIT
IM 6. STUDIENSEMESTER IST. SOWEIT HIER BEKANNT, GEHÖRT BUBB
KEINER STUDENTISCHEN VEREINIGUNG AN. IN STAATSPOLIZEILICHER
HINSICHT IST ER BISHER NICHT IN ERSCHEINUNG GETRETEN UND SOLL NACH
ANGABE DES ZUSTAENDIGEN STAPO-REFERENTEN SEIT DEM JAHRE 1922 IM
DEUTSCHEN REICH LEBEN. WEITERE ERHEBUNGEN SIND IM GANGE UND
WIRD NACH EINLANGUNG DERSELBEN SOFORT UNAUFGEFORDERT NACH DORT
BERICHTET.

DER FUEHRER DES SD-ABTEILUNGSABSCHNITTES IN WIEN

GEZ. DR. C H L A N S S - H' STUF++

1922
1922
1922

97449

R-Prot.No 1287 18

26.6.1940

Faint, mostly illegible handwritten text in blue ink, possibly a letter or report.

Faint handwritten text at the bottom of the page, possibly a signature or address.

1287
26.6.40
1940
Wien

Handwritten signature

BLITZ FS NR 1287 ERHALTEN VON RPROT PRAG 19,50

SD LA WIEN/ KOPPENSTEINER + DANKHHI+ HHI +

Der Chef der Sicherheits-
polizei und des SD.

Berlin, den 26. Juli 1942

- IV A 1 - BNr. 3325/42 -

19

Betrifft: Allgemeines über den Aufbau
in der UdSSR. (NKWD)

Bezug : Ohne.

Anlage: -1-

Büro des Staatssekretärs
beim Reichsprotektor
in Böhmen und Mähren.
Eing.: -3. AUG. 1942

Als Anlage übersende ich eine Ausarbeitung
über den allgemeinen Aufbau in der UdSSR. (NKWD)
Sie wurde erstellt anhand von Material aus dem
Osten und ist durch sowjetische Kriegsgefangene
des NKWD. bestätigt worden.

In Vertretung :

gez. M ü l l e r

Beglaubigt :



Grütz
Kanzleiangestellte

V e r t e i l e r :

An alle Höheren ~~1.-~~ und Polizeiführer,

die Inspektoren und Befehlshaber der Sicherheits-
polizei und des SD.,

die Kommandeure der Sicherheitspolizei
und des SD.,

den Kommandeur der Führerschule der Sicherheits-
polizei, Berlin-Charlottenburg,

die Beauftragten des Chefs der Sicherheitspolizei
und des SD. in Belgien und Frankreich,

die Staatspolizei(leit)stellen,

die Ämter I, II, III, VI, VII,

die Gruppe IV E,

das Referat IV E 5 .



53184

Gr.

St. S. V 6 - 65/42

20



Allgemeines

über den Aufbau in der UdSSR. (NKWD).

21

G l i e d e r u n g .
=====

A) Einleitung: Allgemeine Vorbemerkung.

B) 1. Teil: Die Mentalität der Sowjetrussen.

I. Die russische Bauernschaft.

- a) Stolypinsche Reform 1905
- b) Beginn der Kulakenverfolgung 1918
- c) N.E.P. Periode
- d) Kollektiv-Wirtschaft (Kolchose-Sowchose)
- e) Folge für die sowjetrussischen Bauern.

II. Die russische Industrie.

- a) Entwicklung
- b) Gegensätze: Stalin - Trotzki
- c) Parteimäßige Bindung der SU-Staatsbürger

III. Der Rotarmist.

- a) Während des derzeitigen Krieges
- b) Sein Werdegang
- c) Die Ausbildung, Verpflegung usw.
- d) Die Disziplin
- e) Die Stimmung
- f) Ursachen für den zähen Widerstand

IV. Der Sowjetjude.

- a) Der Anteil der Juden
- b) Die scheinbare antisemitische Tendenz
- c) Die Vorherrschaft der Juden
- d) Die Juden in der K.P.
- e) " " " " Wirtschaft
- f) " " " " Kunst und Wissenschaft
- g) " " " " Volks- und Jugenderziehung

21a

C) 2. Teil: Das sowjetrussische Machtinstrument.

- I. Entstehung und Aufbau.
 - a) Die Tscheka
 - b) Die G.P.U.
 - c) Das N.K.W.D.

- II. Die Tätigkeit der bolschewistischen Geheimpolizei.
 - a) Die Feinde des Bolschewismus
 - b) Methoden der Bekämpfung
 - aa) Konspiration
 - bb) Provokation
 - cc) Desinformation
 - c) Die Anwerbung von Agenten

- III. Die innere Struktur des N.K.W.D.
 - a) Hauptverwaltung der Grenzwachtruppen
 - b) " " " Staatssicherheit - GUGB.
 - c) " " " Miliz
 - d) " " " Inneren Truppen
 - e) " " " Feuerwehr
 - f) " " " Zwangsarbeitslager
 - g) " " " Chausseen und Straßen

- IV. Das N.K.W.D. in Vergleich zum RmI. bzw. RF4.

D) Schluß: Zusammenfassende Betrachtung.

A) Einleitung: Allgemeine Vorbemerkung.

Mit dem tieferen Eindringen der deutschen Wehrmacht in den russischen Raum war es gelungen, den geheimnisvollen Schleier, der bewusst über die gesamte innere Organisation des sowjet-russischen Staatsapparates gelegt worden war, zu lüften und Einblick zu gewinnen in den inneren Aufbau der Sowjet-Union. Sehr bald mußte man zu der Erkenntnis gelangen, daß die bolschewistischen Machthaber eine für ihre Verhältnisse z.T. vorbildliche und straffe Organisation der inneren Verwaltung durchgeführt hatten. Wenn man nun diese Organisation bzw. den inneren Aufbau der Sowjet-Union einer kritischen Betrachtung unterziehen will, so muß man in weitestgehendem Maße die Mentalität des Russen berücksichtigen.

Mit folgenden Ausführungen soll zunächst der Versuch gemacht werden, an Hand praktischer Erfahrungen und auf Grund des gewonnenen Materials ein Bild zu geben von der Entwicklung und von der mit ihr verbundenen charakterlichen Eigenart russischer Volksangehöriger. Die gestellte Aufgabe erscheint insofern lohnend, als das Ergebnis einer solchen Darlegung richtungsweisend sein kann für spätere Arbeit deutscher Kräfte der Sicherheitspolizei und des SD. im Ostraum. Sie ist im übrigen darauf abgestellt, nur das für sicherheitspolizeiliche Arbeit Wissenswerte in Verbindung mit einigem Tatsachenmaterial zu bringen.

Es muß die Feststellung vorangesetzt werden, daß bei einem derartigen Versuch niemals Anspruch erhoben werden kann auf eine alles umfassende und wirklich treffende Charakterisierung der russischen Volksseele bzw. auf eine erschöpfende Behandlung der Wechselbeziehungen zwischen dem Bolschewismus und dem "russischen Volk"; denn von einem russischen Volk im Sinne eines Vergleiches zu anderen europäischen Völkern kann wohl kaum die Rede sein, da, wie wir wissen, der russische Volkskörper ein Gemisch von zahlreichen Völkerschaften darstellt. Überdies stößt auch eine solche kritische Untersuchung insofern auf Schwierigkeiten, als ohne Zweifel die breite Masse des russischen Völkergemisches durch die bolschewistische Herrschaft während mehr als zweier Jahrzehnte abgestumpft ist und sicherlich viel ihrer inneren Werte verloren hat.

So wie die Eigenart und Lebensbedingungen jedes Landes seinen Bewohnern einen entsprechenden Stempel aufdrückt, so haben auch die russischen Völkerschaften mit ihren von unseren Gewohnheiten abweichenden Eigenarten und Lebensbedingungen eine von unseren Begriffen abweichende Mentalität.

Das sich in ungeheueren, zumeist monotonen Weiten erstreckende Land färbt auf den Charakter seiner Bewohner ab und gibt ihm eine gewisse Schwerfälligkeit und Schwermütigkeit. Das harte Klima und die damit ver-

bundenen harten Lebensbedingungen spiegeln sich im russischen Volke durch eine große Leidensfähigkeit, verbunden mit einer gewissen Grausamkeit gegen alle Widersacher des Lebenskampfes wider.

Die Primitivität der Kulturstufe des russischen Volkes bedingt die Einfachheit des Denkens und der Beurteilung von für unsere Begriffe selbstverständlichen Vorgängen. Die über Jahrhunderte dauernde Knechtschaft der Masse dieses Volkes hat in ihm eine Abneigung und Widersetzlichkeit gegen jeden Begriff der Obrigkeit geschaffen und es in der Hoffnung auf eine Verbesserung seines Daseins allen revolutionären Einflüsterungen mangels eigener Urteilsfähigkeit leicht zugänglich gemacht.

Um ein annähernd zuverlässiges Bild zu gewinnen, muß auf die historische Entwicklung sowie auf einzelne Darstellungen eingegangen werden, die bezeichnend erscheinen und Rückschlüsse zulassen.

B) 1. Teil: Die Mentalität der Sowjetrussen.

I. Die russische Bauernschaft.

a) Die Stoly-
pinsche Re-
form 1905.

Gemäß der Struktur seines Landes war das russische Volk immer ein Agrarvolk. Achtzig Prozent seiner Bevölkerung waren Bauern. Nach der Abschaffung der Leibeigenschaft im Jahre 1861 wurde den Bauern Land zur Verfügung gestellt, das jedoch nicht ihr Eigentum war. Die Bauern nahmen sich die besten Teile des Landes und bearbeiteten diese soweit, als die Bearbeitung für ihren Lebensunterhalt nötig war. Im übrigen waren sie dem Staat gegenüber misstrauisch, daß ihnen das bearbeitete Land wieder zu Gunsten der den Staat stützenden Feudalschicht abgenommen werden konnte. Außerdem waren die Bauern in der damaligen Gesetzgebung schutz- und rechtlos. Nur durch die Unzufriedenheit der Bauern konnte die Revolution im Jahre 1905 solche Ausmaße annehmen, umso mehr, als die Armee zu 8/10 ihres Bestandes aus Bauernsöhnen bestand. Der damalige Ministerpräsident S t o l y p i n sah sich auf Grund dessen veranlaßt, zunächst die für die Bauern noch bestehende Auspeitschungsstrafe abzuschaffen und eine neue Bodenreform einzubringen, nach der den Bauern die Möglichkeit gegeben wurde, das von ihnen bearbeitete Land als ihr Eigentum zu erwerben. Diese S t o l y p i n 'sche Reform stieß auf großen Wider-

stand des Zaren und der damals herrschenden Feudal-
schicht um ihn. S t o l y p i n wurde schließlich
von einem jüdischen Provokateur ermordet und die Feu-
dalherren versuchten, die den Bauern gegebenen Rechte
auf Landerwerb wieder zu entziehen. Endlich setzte
sich aber die S t o l y p i n 'sche Reform durch.

Die Bauern erwarben dann auf Grund dieser Reform
bis zum Jahre 1917 die ihnen 1861 im europäischen
Rußland zur Verfügung gestellten 150 Mill. ha Land
und noch weitere 50 Mill. ha dazu, so daß allein im
europäischen Rußland im Jahre 1917 ca. 200 Mill. ha
Land in ihrem Besitz waren, das sind $\frac{3}{4}$ des gesamten
im europäischen Rußland zur Bearbeitung zur Verfügung
stehenden Landes. -

Zur Zeit der bolschewistischen Revolution be-
fand sich die Bauernschaft Rußlands erst im Anfangs-
stadium ihrer Selbständigkeit und hatte weiteren gro-
ßen Landhunger.

b) Beginn der
Kulakenver-
folgung
1918.

Der Bolschewismus hat im Anfang seiner Herrschaft
den Staat bekanntlich nicht auf der Arbeiterklasse al-
lein sondern auf zwei Klassen der Bevölkerung aufbau-
en wollen: den Arbeitern und den Bauern. Deshalb hat
er zunächst um die Bauern geworben, indem er ihnen den
Grosgrundbesitz zur Aufteilung überlies. Unmittelbar
nach dem Siege des Bolschewismus wurde jegliches Pri-

vateigentum an Grund und Boden aufgehoben. Anschließend wurde das gesamte Land nationalisiert, d.h. verstaatlicht und den Bauern das Nutznießungsrecht zugestanden. Der Boden, den von nun an die Bauern nutzten, gehörte nicht mehr ihnen, sondern dem Staat. Zur Durchführung der hieraus erwachsenden Aufgaben bildete die Sowjet-Regierung in der ersten Hälfte des Jahres 1918 in den Dörfern Komiteés der halbproletarischen Dorfarmut, die in der Folge eine besondere Stütze der Sowjetmacht im Kampfe gegen die bäuerliche Oberschicht abgaben. Diese bäuerliche Oberschicht, die als Großbauern bezeichnet wurden, belegte man mit dem Namen **K u l a k e n** (Russisch: Kulak = die Faust). Dieser Name wurde von marxistisch-kommunistischer Seite zum politischen Begriff geprägt und brandmarkte die betreffenden Bauern als konterrevolutionäre und kapitalistische Ausbeuter. In Wirklichkeit waren die Kulaken in ihrer überwältigenden Mehrheit die tüchtigsten, fleißigsten und in der landwirtschaftlichen Produktion erfahrensten Bauern des Dorfes. Sie (ungefähr 17% der gesamten Bauernschaft) waren die eigentlichen Träger der Landwirtschaftserzeugung. Sie lieferten vor allem den landwirtschaftlichen Überschus für die Ernährung der Städte sowie auch für Ausfuhrzwecke.

Mit dem zugestandenen Nutznießungsrecht und der so geplanten Förderung ihrer Interessen haben die Bauern aber nichts anfangen können, weil ihnen der Verkauf ihrer Produkte und der selbständige Einkauf ihres Bedarfs

verboten und dafür die Ablieferung ihrer gesamten Produkte an die staatlichen Verteilungsstellen befohlen wurde. Dagegen sollten ihnen die Verteilungsstellen Waren liefern; Saatgut, Geräte, Vieh und dergleichen. Begreiflicherweise funktionierte aber dieser Tauschverkehr nicht. Die Erträge gingen daher erschreckend zurück. In den Städten verhungerten Millionen. Diese Millionen von Menschen aber brauchte der bolschewistische Staat zum Aufbau seiner Industrie. Die Industrie wiederum nicht etwa für die Wohlfahrt der Nation und die Hebung ihres Lebensstandards, sondern ausschließlich zur Vollendung seiner Rüstung und diese nicht zur Verteidigung seines überreichen Besitzes, sondern zur Ausbreitung der Weltrevolution.

c) NEP.-Periode.

Also wurde das Tauschsystem abgeschafft und den Bauern das selbständige Wirtschaften wieder gestattet. Im Jahre 1921 wurde die "Neue ökonomische Politik" (NEP.) eingeführt. Für die Landwirtschaft bedeutete dies die Ersetzung des bisherigen Systems der mehr oder weniger willkürlichen Wegnahme der Überschüsse durch ein neues System der festen Naturalsteuer mit freiem Verfügungsrecht über die verbleibenden Restbestände. Daneben wurde der private Kleinhandel freigegeben. In der Nepperiode hat es die Bauernschaft verstanden, von den zugestandenen Erleichterungen ausgie-

25a

big Gebrauch zu machen. Aber es begann auf dem Lande von neuem eine soziale Wirtschafts-Differenzierung, d.h. die tüchtigsten und fleißigsten Bauern kamen schnell vorwärts, bauten ihre Wirtschaften aus und gewannen im Dorfe immer mehr Einfluß, sie wurden also Kulaken. Die Faulen und Taugenichtse blieben zurück und wurden immer mehr zu Halbproletariern. In der neuen Herausbildung der bäuerlichen Oberschicht, die als kapitalistische ausbeuterische Schicht bezeichnet wurde, sah der bolschewistische Staat eine politische Gefahr, weil er die wirtschaftliche Erstar-
kung des Bauernstandes nicht dulden wollte.

d) Kollektiv-
Wirtschaft
(Kolchose-
Sowchose).

Als Gegengewicht gegen diese Entwicklung beschloß die Sowjetregierung Ende 1927 in beschleunigtem Tempo Kollektiv-Wirtschaften (Kolchose) zuerst auf freiwilliger Grundlage zu bilden und ihre staatlichen Räte-
güter (Sowchose) auszubauen. Als Begründung wurde an-
gegeben, die kleinen und kleinsten Eigenwirtschaften ergeben infolge hohen Selbstverbrauchs nicht genügend Überschüsse und seien außerdem ein großes Hindernis auf dem Wege der Mechanisierung. Was die Bildung von Kolchosen anbelangte, blieb aber der Erfolg aus. Zu Kollektiven schlossen sich freiwillig nur die ärmsten deklassierten Dorfbewohner zusammen, die über gering-
fügiges Inventar verfügten, während sowohl die Mittel-

als auch die Großbauern es vorzogen, eigene Betriebe beizubehalten und für sich allein zu wirtschaften.

Die Sowjet-Regierung beschloß daraufhin, veranlaßt außerdem durch die rückläufige Entwicklung der landwirtschaftlichen Produkte, die Bauern mit Terrorgewalt in den Kolchosen zusammenzupferchen und diese hier zur höheren Leistung zu zwingen. Die Bauernschaft mußte nämlich die Hauptlast des bolschewistischen Experimentes vor allem der Industrialisierung des Landes wirtschaftlich tragen.

Das verstaatlichte Kolchosland ist dem Kolchos vom Staat zur "ewigen" Nutzung übergeben. Die gesamten Produktionsmittel (wie Baulichkeiten, totes und lebendes Inventar u.dgl.) gehören offiziell dem Kolchos, werden aber vom Staate als sozialistisches Eigentum beaufsichtigt und letzten Endes verwaltet. Die Bewirtschaftung erfolgt auf kollektiver Grundlage, d.h. gemeinschaftlich durch alle Mitglieder des Kolchoses.

Jeder Kolchosbauer, also jedes Mitglied eines Kolchoses, soll etwas Garten- oder Hochland zur persönlichen Nutzung - also auch keineswegs als Eigentum - haben, auf dem er Gemüse, Kartoffel- und Futtermittelbau im Rahmen einer Nebenwirtschaft betreiben soll.

Die gemeinschaftliche Bearbeitung des Kolchoslandes soll in erster Linie vorgenommen werden und die Bewirtschaftung des in persönlicher Nutzung des einzelstehenden Gartenlandes nur nebenbei in der freien Zeit erfolgen. In der Praxis zeigt sich gerade eine umgekehrte Entwicklung, deren Ursachen sehr naheliegend sind. Es ist psychologisch verständlich und liegt in der Mentalität des Bauern, daß er vor allem ein Interesse an der Bewirtschaftung des wenn auch nicht in seinem Eigentum stehenden, so doch ihm zur persönlichen Nutzung überlassenen Bodens hat, wenn dieser auch noch so klein ist. Die "privatwirtschaftlichen" Tendenzen der Kolchosbauern,

gegen die die Sowjet-Regierung einen steten Kampf führt, sind nicht der einzige Grund dafür, daß die Kolchosbauern ihre Arbeit in den Kolchosen vernachlässigen und sich in erster Linie ihrer kleinen Eigenwirtschaft widmen. Ein weiterer sehr wichtiger Grund liegt in der geringen Entlohnung des Bauern für die in den Kolchosen geleistete Arbeit.

Um nun diesen ungeheuerlichen Plan auch moralisch zu untermauern, wurde die gesetzliche Bestimmung aufgenommen, daß der Beitritt zum Kolchos aufgrund einer freiwilligen Meldung gefordert werden dürfte. Die Freiwilligkeit wurde allerdings erzwungen durch Verbannung oder Erschießung.

Die kommunistische Partei war von Anfang an der Auffassung, daß die bäuerliche Oberschicht, die über Produktionsmittel verfügte, der Zwangskollektivierung aktiven aber vor allem besonders intensiven passiven Widerstand leisten würde. Deshalb beschloß sie unter der Parole "Liquidierung des Kulaken" diese Oberschicht nicht in die Kollektive hereinzulassen, ihr gesamtes Vermögen, vor allem Baulichkeiten, totes und lebendes Inventar zu beschlagnahmen und sie selbst durch Erschießen der Aktivsten, durch Verbannung in nördliche Gebiete oder Verweisung aus den Landbezirken zu beseitigen. Mit rigorosesten unmenschlichen Terrormaßnahmen wurde dann die Zwangskollektivierung im Winter 1929/30 durchgeführt, der etwa 5 Millionen bäuerlich leistungsfähigste Wirtschaften zum Opfer fielen.

1929 waren nur 3,9% der Einzelwirtschaften, auch Individual-Wirtschaften genannt, kollektiviert. 1933 schon 64,4%, 1936 90,5% und Mitte 1938 93,5%. Gegenwärtig dürften gegen 97% der früheren Einzelwirtschaften kollektiviert sein. Anfang 1939 entfielen nach Sowjet-Angaben von der Gesamtbevölkerung von rund 170 Millionen auf die Kolchosbauern einschließlich der Familienmitglieder 75,6 Millionen und auf die Individualbauern etwa 3 Millionen. Heute ist also das Kollektiv die fast ausschließlich Wirtschaftsform in den alten russischen Gebieten.

Die politische Gefahr, die dem System vom Bauernstand gedroht hatte, war so beseitigt. Der Industriearbeiter war Sklave schon seit langem. Revolutionen konnten daher nicht mehr drohen, denn es war keine "Ablösung" mehr da. Aus dieser innerpolitischen Bilanz ist der Entschluß zum Überfall auf Deutschland und Europa entstanden.

Man tut gut, sich der vorstehend skizzierten Grundprinzipien des bolschewistischen Regimes zu erinnern, wenn man das Land betrachtet und dabei versucht, die Folgerichtigkeit der Erscheinungen und Geschehnisse zu erkennen.

e) Folgen für die sowjet-russischen Bauern.

Auf diese Weise schaffte der Bolschewismus eine stupide, auf einem niedrigen Kulturniveau stehende, zerlumpte, verhungerte, mißtrauische, durch

27a

Terror eingeschüchterte Masse eines Landproletariats, das nach diesem Leidensweg den Glauben an ein lebenswertes Leben verloren hat und das in dem vom Bolschewismus befreiten Ostgebiet vorgefunden wurde.

Daß die SU. es nicht fertig brachte, aus eigenen Kräften eine sinnvolle Ordnung zu gestalten, liegt offenbar an ihrer besonderen Natur. Die östliche Riesensteppe, die dem Menschengeist keine Ruhepunkte, keine Erinnerungsstätten bietet, konnte den sie bewohnenden Völkern kein Selbstbewußtsein geben. Der endlose gleichförmige Raum läßt kein wahres Staatsgefühl aufkommen. Für den heute noch im Zustand des Mittelalters lebenden russischen Bauern ist die Heimat grenzenlos. Aus dieser Uferlosigkeit des östlichen Raumes heraus entstand auch ohne Zweifel das seltsame Doppelgesicht des russischen Charakters. Auf der einen Seite die hilflose Knechtseligkeit, die den Ostmenschen zum sklavischen Werkzeug seines jeweiligen Herrn macht, auf der anderen Seite das Gefühl einer besonderen göttlichen Sendung, ein mysteriöser exaltierter Gottglaube, der Glaube an das "Heilige Rußland". Diese krankhafte Mischung zwischen Knechtseligkeit und Überheblichkeit, die sich in der gesamten russischen Literatur widerspiegelt, ist der Schlüssel für die gesamte Innen- und Außenpolitik der Zaren und ihrer bolschewistischen Erben.

II. Die russische Industrie.

a) Entwick-
lung.

Vor dem Kriege war Rußland ein ausgesprochenes Agrarland mit einer primitiven Rohstoffgewinnung. Was die Industrie selbst anbetrifft, so gab es zum Beispiel keine einzige Automobilfabrik und überhaupt war der Maschinenbau fast völlig unbekannt. Nur die Leichtindustrie war stärker entwickelt.

Bei der Machtübernahme durch die Sowjets war Lenin der Meinung, daß man ohne Hilfe des Auslandes nicht weiterkommen kann. Er begann deshalb mit der Politik der ausländischen Konzessionen, die im Inlande nach Beendigung des sogenannten Kriegskommunismus, welcher das Land vollkommen ruinierte, durch die NEP. ergänzt wurde. Die NEP-Politik hatte einen ziemlichen Erfolg, deckte aber zugleich die Schwächen des Regimes auf, und zwar die Tatsache, daß ein Unternehmer in einem NEP.- oder Konzessionsbetrieb einem roten Direktor turmhoch überlegen war, wenn es zu einem Wettbewerb zwischen einem privatgeleiteten und einem verstaatlichten Unternehmen kam.

b) Gegen-
sätze:
Stalin-
Trotzki.

Nach Lenins Tod, als im Jahre 1925 der Vorkriegsstand erreicht wurde, stand vor der russischen Industrie die Frage, welche weitere Entwicklung sie nehmen sollte. Der NEP-Weg hätte zu einer immer stärker werdenden Privatindustrie geführt. Er war also für die Herrscher im Kreml ungangbar. Über andere Möglichkei-

28a

ten der Entwicklung der Industrie entstand ein Streit zwischen Stalin und Trotzki. Der Letztere wollte alle Finanzen in die Unterstützung der Weltrevolution stecken, um so der unentwickelten russischen Industrie durch den Anschluß an die hochentwickelten Industrieländer des Westens einen Ausweg zu schaffen. Stalin dagegen war für den Aufbau der Rüstungsindustrie, um so eine solide Grundlage für das Hinaustragen der Revolution "auf den Spitzen der Bajonette" -(Engels) - nach Westeuropa zu erhalten. Allerdings waren noch andere Komplexe zu Streitfragen zwischen Stalin und Trotzki erhoben worden, zum Beispiel ob der permanenten Revolution der Vorzug zu geben ist, ob die "Oktober-Revolution" eine sozialistische war, ob die SU-Regierung sich in einer kapitalistischen Umklammerung halten könne und ob die SU. mit eigenen Mitteln und in nationalen Grenzen den Widerspruch zwischen Stadt und Land werde überwinden können; aber die Kardinalfrage und somit das Hauptstreitobjekt dürfte doch wohl die Frage des Auf- und Ausbaus der russischen Industrie, in Sonderheit der Rüstungsindustrie, gewesen sein.

Stalin gewann, Trotzki wurde ins Exil verbannt. So kam es zu der Periode der sogenannten Planwirtschaft und der Fünfjahrespläne, die im Grunde genommen vor allem dem Aufbau der Rüstungsindustrie dienten. Dies muß man berücksichtigen, wenn die neuen Industrieanlagen als unökonomisch oder ungünstig gelegen

kritisiert werden, denn der militärische Standpunkt deckt sich nicht immer mit dem ökonomischen. Es wurden große Erfolge erzielt, wenn auch, das darf man nicht vergessen, auf Kosten des Lebensstandards und unzähliger Menschenleben. Stalin ist hier den Weg Peter des Großen gegangen, der gleichfalls Petersburg auf den Gebeinen seiner Untergebenen aufbaute.

c) Partei-
mäßige
Bindung
der SU-
Bürger.

Ohne Zweifel ist unter der Stadtbevölkerung - namentlich in den Industriestädten - der Anteil der bolschewistischen Parteimitglieder verhältnismäßig am stärksten, während in den weiten Landgebieten die parteimäßige Erfassung aus naheliegenden Gründen sehr gering ist. In diesem Zusammenhang erscheinen die Angaben mehrerer befragter russischer Kriegsgefangener über die allgemeine politische Einstellung der SU-Bevölkerung interessant.

Die kommunistische Partei in der Sowjet-Union soll nach einer Rohschätzung nur etwa 4 - 5 Millionen Mitglieder haben, dazu kommen noch ungefähr 7 - 8 Millionen Mitglieder der Komsomolzen, so daß die Gesamtstärke der politisch Organisierten rund 11 - 13 Millionen beträgt. Von dieser Zahl können angeblich nur 4 - 5 Prozent als wirklich überzeugte Kommunisten angesehen werden. Diese 4 - 5 Prozent sind mit allen Maßnahmen, die von der Sowjet-Regierung angeordnet und durchgeführt werden, restlos einverstanden und sind

19a

auch ideenmäßig als zum Kommunismus gehörend anzusehen. Der weit überwiegende Teil der Mitglieder soll mehr oder weniger aus egoistischen Gründen der Partei angehören, um sich dadurch bessere wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern. Als überzeugte Kommunisten können diese Parteigänger also nicht angesehen werden.

Als politisch völlig indifferent werden ungefähr 60% der Gesamtbevölkerung bezeichnet, etwa 20% sollen als mit dem Kommunismus sympathisierend und 10% als offene Gegner des Regimes anzusehen sein.

Diese Indifferenz der Mehrzahl der SU-Angehörigen ist allerdings nicht so zu verstehen, als läge für politische Dinge überhaupt kein Interesse vor. Der Durchschnittsrusse hat im allgemeinen wohl ein Interesse an den Tagesfragen. Die Erklärung für seine Zurückhaltung ist in dem Umstand zu suchen, daß er durch eine systematische und umfangreiche Propaganda und durch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse vollkommen kopflos geworden ist und nicht mehr zu unterscheiden vermag, was Wahrheit und Lüge ist. Seine Gleichgültigkeit ist ferner auch darauf zurückzuführen, daß er im allgemeinen eine Besserung seiner Lebensverhältnisse nicht mehr erwartet.

Zu dem Kreis der offenen Gegner des Sowjet-Regimes sind vor allem die Kulaken zu zählen; ferner gehören die Ausgesiedelten dazu, die aus dem westlichen Teil

Rußlands nach den Gebieten des Fernen Ostens zwangsweise verschickt worden sind. Aber auch ein Teil der Arbeiter, die wegen geringer Arbeitsvergehen schwer bestraft wurden, sowie auch die, welche wenigen Verdienst haben, sind zu diesem Kreis zu rechnen.

Die schwersten Gegner des Stalin-Regimes setzen sich aus den ehemaligen Parteimitgliedern zusammen, die wegen ihrer oppositionellen Einstellung ausgeschlossen wurden. Hierzu gehören fast durchweg alte Bolschewisten und sogar höhere Funktionäre, die langjährige Mitglieder der Partei waren. Hervorzuheben ist, daß gerade von ihnen der Anlaß zu den in der Sowjet-Union ausgebrochenen Unruhen herrührt und sie auch die Führer waren. So waren zum Beispiel die Anführer der im Jahre 1930 im Twerskoi-Sichoslawsker Rayon ausgebrochenen Unruhen der frühere Kommunist B a r a - n o w und der frühere Partisanenangehörige K r a w t - s c h e n k o . Die Führer der Aufstände in den ost-sibirischen Gebieten in den Jahren 1930/34 waren ebenfalls ehemalige kommunistische Parteimitglieder, auch die der Unruhen im Schwarzen-Meer-Gebiet im Jahre 1930. Von ihnen wurde damals die Forderung vertreten, die Kollektiven einzustellen, die Aussiedlungen zu unterlassen, vielmehr den Bauern Anleihen zum Ankauf von Getreide und Vieh zu geben. Weiter wurde die Forderung erhoben, den freien Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen in der Sowjet-Union wieder einzuführen.

30a

Zu bemerken ist, daß die Angaben der Gefangenen über die Stärke der Kommunistischen Partei und der Komsomolzen in der Sowjet-Union und auch über die Einstellung der sowjet-russischen Bevölkerung zum Kommunismus verschieden sind. Die angegebenen Zahlen stellen nur den Durchschnitt der erhaltenen Angaben dar.

Aber trotz der geringen Zahl der bolschewistischen Parteigänger hatte es das Regime verstanden, die Masse der russischen Völkerschaften so mit Parteiangehörigen zu durchsetzen, daß die Gewähr für eine allmähliche Durchdringung im bolschewistischen Sinn gegeben schien. Die Partei und ihre Organisationen bildeten also nur das Gerippe in den ungeheuren Menschenmassen auf breitestem Raum. Sie hatte sich wie im Landvolk und unter den Stadtmenschen auch in der Roten Armee ihren Einfluß gesichert und wachte ängstlich darüber, daß jede etwa aufkommende Gegenrevolution erkannt und im Keime erstickt wurde.

III. Der Rotarmist.

a) Während der Dauer der kriegsmäßigen Auseinandersetzungen mit der Sowjet-Union mußte wiederholt die Erfahrung gemacht werden, daß der russische Soldat bis zum letzten Augenblick gekämpft hatte, selbst wenn er einsehen mußte, daß weiterer Widerstand sinn- und zwecklos war. Man hat feststellen müssen, daß es den sowjetischen Kommissaren gelungen war, ihren Soldaten eine wahrhaft panische Furcht vor dem deutschen Gegner zu suggerieren. Allerdings war nicht minder groß die Furcht vor den eigenen Kommissaren.

Mit dieser zweifachen Furcht im Nacken geht der Sowjet-Soldat in den Kampf. Aus der Sturheit der Sowjets erklären sich auch ihre furchtbaren blutigen Verluste. Dennoch ist mit der Furcht allein nur eine sehr oberflächliche Erklärung gegeben. Sie setzt doch voraus, daß der Sowjet-Armist den lächerlich durchsichtigen Worten seiner Anführer blind Glauben schenkt und sich gleichzeitig vor ihrem Blick und ihrer Pistole duckt. Zu jeder persönlichen Meinungsbildung ist er unfähig, weil er unwissend und ungebildet ist, von Jugend an belogen wurde und durch Not und Elend unvorstellbar anspruchslos und bewußt entseelt worden war. Da

3/a

eine Intelligenz kaum noch vorhanden ist und auch keine individuellen Neigungen erkennbar sind, bilden sie eine amorphe Masse.

b) Sein Werdegang.

Die Dienstpflichtigen wurden mit 18 oder 19 Jahren gemustert und sehr bald danach eingezogen. Die Musterung wurde in den größeren Zentren offenbar genau vorgenommen und durch fachärztliche Untersuchung ergänzt. Die Musterungskommission bestand aus je einem Vertreter der Wehrmacht, der bolschewistischen Partei, der GPU. und dem Arzt. Bis zum Jahre 1939 wurden Söhne der Entkulakisier-ten, d.h. also der liquidierten bürgerlichen und bäuerlichen Genossen sowie Söhne von Vorbestraften, bzw. selbst Vorbestrafte, nicht eingezogen. Nach dem Jahre 1939 dagegen wurden keine Ausnahmen mehr gemacht. Schon seit dem Jahre 1935 soll sich die Wehrmacht um das fünf- bis siebenfache vergrößert haben.

Die Verteilung der Einberufenen allerdings scheint nicht immer gut organisiert gewesen zu sein. So berichtete beispielsweise ein Kriegsgefangener, er sei dem 48.-Donschen-Kosaken-Regiment in der Stadt X zugeteilt worden und habe sich mit einem Dutzend Kameraden dorthin aufgemacht. An Ort und Stelle habe man erklärt, weder dort noch in der Nähe existiere ein solcher Truppenteil. Nach vielem hin und her habe er schließlich bei seiner Einberufungsstelle den richtigen Standort des Regiments erfahren.

Die Kasernen scheinen von sehr verschiedener Güte gewesen zu sein. Am besten waren die aus der Zarenzeit stammenden Gardekasernen. Dagegen waren die Unterkünfte in der Provinz teilweise sehr mangelhaft, schmutzig und verlaust. Geschlafen wurde zum Teil nicht auf Einzelpritschen, Betten oder Kojen, sondern auf sogenannten "Naren", hölzernen Podesten, auf denen Strohsäcke lagen und 20 bis 30 Leute nebeneinander schlafen mußten. Die Latrinen befanden sich dicht bei den Schlafräumen, waren teilweise verdreckt; auch fehlte es zuweilen an Chlorkalk zum Streuen.

c) Die Aus- Der Dienst begann morgens mit 1/4-stündigen
bildung, Freiübungen, dann folgte 1 bis 2 Stunden politi-
Verpfle- scher Unterricht durch den Politruk. Dieser be-
gung usw. schränkte sich auf Schilderungen der antisozialen,
geopolitischen und geographischen Verhältnisse in den kapitalistischen Staaten. Die Devise war: Faschismus ist Tod und Hunger. Diskutiert wurde nie, Widerspruch bedeutete strenge Bestrafung. Ein Kriegsgefangener berichtete von einem Kameraden, der als Sohn eines hervorragenden Wirtschaftlers Gelegenheit gehabt hatte, Reisen durch Amerika und Europa zu machen. Während einer Stunde fragte dieser Mann, ob eine Frage gestattet sei. Auf die bejahende Antwort des Politruks erkundigte

er sich, wie es denn käme, daß sowohl in Amerika wie in England und Deutschland alle Leute gut gekleidet gingen und einen Hut auf dem Kopfe trügen. Darauf sei der Politruk wütend aufgesprungen, habe ihn angeschrien, das sei nicht wahr, er sei ein Volksfeind. Am nächsten Tage war der Mann verschwunden, man habe nie wieder etwas von ihm gehört.

Die meisten Politruks seien Juden gewesen, ebenso viele Kommissare. Unter den einfachen Soldaten habe es kaum Juden gegeben. Sie sitzen entweder in den Schreibstuben oder aber in den einträglichen Stellungen der Inspektoren. Die Verpflegung der Mannschaften war mäßig, oft sogar ungenügend. Sie erhielten wenig Fleisch, wenig Fett, 800 gr. Brot täglich, dünne Suppen und Brei.

d) Die Disziplin.

Trotz der durch den Marschall T i m o s c h e n - k o w im Jahre 1937 durchgeführten Verschärfung der Disziplin scheint die Achtung vor dem Vorgesetzten nicht gerade groß gewesen zu sein. Das beruht auf der Tatsache, daß die nationalen Russen bei Beförderungen meist zurückgesetzt wurden, während die Feldwebel- und Offiziersstellen meistens irgendwelche Asiaten, besonders Kaukasier, aber auch Juden erhielten. Marschall Timoschenkow ist wegen seiner Neuerungen in der Armee nicht beliebt. Die militärischen Strafen wären sehr streng. Oft genug kämen Verurteilungen zu 5 und 10 Jahren Zucht-

haus, sogar Erschießungen vor.

In der letzten Zeit, besonders seit dem finnischen Kriege wurden die Soldaten von der Zivilbevölkerung streng getrennt gehalten. Sie befanden sich, wie ein Kriegsgefangener erklärte, fast so eingesperrt in der Kaserne wie hier hinter Stacheldraht. Überschreitung des Urlaubes um nur eine halbe Stunde wurde oft mit mehreren Jahren Gefängnis oder Versetzung in die Arbeits-Bataillone geahndet.

e) Stimmung.

Die Stimmung im Heer war nicht gut. Es wurde unter den Soldaten nicht selten politisiert und man hielt die Armee nicht für kriegsbereit. Vielfach bestand auch direkte Feindschaft gegen die Regierung. Diese Mißstimmung wird durchaus verständlich, wenn man berücksichtigt, daß unter den Wehrmichtsangehörigen sich außerordentlich viele befinden, deren Familien oder Verwandte als Kulaken liquidiert wurden. Wenn man die Gefangenen fragt, wie unter diesen Umständen der hartnäckige Widerstand der Bolschewisten zu erklären sei, so geben sie meistens zwei Gründe an:

1. Eine seit 20 Jahren geübte Propaganda, durch welche dem Volk eingepflichtet wurde, daß den Kriegsgefangenen von den Deutschen die Nasen, die Ohren, die Zunge abgeschnitten würden, daß sie zu Tode gequält und mit den ihnen wohl bekannten Methoden der GPU. mißhandelt und schließlich in grausamster Weise umge-

33a

bracht würden. Diese Art der Propaganda hat selbst auf die intelligenten Russen oft ihren Eindruck nicht verfehlt.

2. Die Angst vor den Vorgesetzten, insbesondere vor den Kommissaren sei von nicht geringem Einfluß. Wie berechtigt sie sei, das hätten zahlreiche Berichte von der Front ergeben, welche bestätigten, das die Leute mit Maschinengewehren in den Kampf getrieben worden seien.

f)
Ursachen für den
zähen Widerstand

Es wäre aber nun falsch, die Haltung des russischen Soldaten allein mit einer Sturheit, mit dem Argument des Abgestumpftseins oder gar mit Dummheit abzutun. Es ist auch falsch anzunehmen, daß allein der politische Kommissar die Macht gehabt hätte, den russischen Soldaten bis zum letzten Widerstand aufzupeitschen. Hier kommen vielmehr in der Hauptsache die Auswirkungen einer planvollen und zielbewußten russischen Staatsführung zur Geltung, die es einerseits verstanden hat, mit Hilfe eines gut aufgebauten Systems der inneren Verwaltung dem Durchschnittsrussen keinerlei Einblick in die Verhältnisse anderer, auch nicht benachbarter Länder zu gewähren und die andererseits dem Russen das Bewußtsein eingehämmert hat, daß nur in seinem Lande alles zum Besten stande und daß in allen anderen von ihm als kapitalistisch bezeichneten Ländern nur Not und Elend herrsche und die übelsten Grausamkeiten gegen ihre Völker an der Tagesordnung seien. Immer wieder geben Vernehmungen von Rotarmisten die Erkenntnis, daß der Russe nicht im entferntesten etwas über

die besseren Zustände in anderen Ländern auch nur
geahnt hat.

Die sowjetischen Machthaber haben es also ver-
standen, die Soldaten, wie überhaupt den gutgläu-
bigen und im allgemeinen leicht beeinflussbaren Sow-
jetbürger, vollkommen in ihre Gewalt zu bringen,
was innen aber nur möglich war mit Hilfe einer gut
durchdachten Verwaltungsorganisation und dank der
Tatsache zugleich, daß die Masse der russischen
Völkerschaften die vermeintliche Notwendigkeit ei-
ner straffen Staatsführung selbst für erforderlich
hielt.

IV. Der Sowjetjude.

a)
Der Anteil
der Juden.

Die Juden haben im bolschewistischen System ganz besonderen Einfluß gehabt. Sie stellten das Hauptkontingent der Kommissare in den Fabriken, meistens auch den besonderen Vertrauensmann der Partei, den Politruk, eine große Anzahl der GPU-Beamten und fast ausschließlich die Leiter der staatlichen Warenverteilungsstellen. Sie werden für die zahlreichen Ermordungen der Ukrainer verantwortlich gemacht und der Haß, der ihnen entgegenschlägt, ist ungeheuer. Aber selbst besonnene Beobachter bezeichnen ihr Schicksal als ein verdientes und vom Standpunkt der militärischen Rücksichten als notwendig.

b)
Die scheinbare
antisemitische
Tendenz.

Es gab oft Zweifel, sagte der Führer am 8. November 1941, ob nicht vielleicht doch im Sowjetstaat die nationale Tendenz siegen würde. Und in der Tat, es gab eine Zeit, in der Stalin bewusst auf der antisemitischen Grundstimmung der östlichen Massen spielte, damals, als er die fast ausschließlich von Juden geführte Opposition der Trotzisten abwürgte. Also, der Rote Zar schien in den letzten Jahren wieder sein Vaterland entdeckt zu haben, denn die Stalinschen Blutbäder hatten auch die hervorragendsten Herren des bolschewistischen Judentums verschlungen. War nicht auch jener Jude, der für uns im letzten Jahrzehnt geradezu das Symbol der bolschewistischen Judenherrschaft geworden war, der Jude Litwinow - F i n - k e l s t e i n in Ungnade gefallen? Aber die Kaganowit-

sche haben dafür gesorgt, daß selbst in den ärgsten Zeiten des Trotzkiistenkampfes Zehntausende von Juden in allen Schlüsselstellungen des roten Reiches blieben. Die Wiederberufung Finkelsteins nach Kriegsausbruch hat dann den endgültigen Beweis erbracht, daß die ganze Nationalisierung der Sowjet-Politik nichts als Tarnung gewesen ist. Finkelstein war nie wirklich in Ungnade gefallen, sondern nur aus taktischen Gründen zur Täuschung von der öffentlichen Bühne entfernt worden.

Ohne das Judentum hätte es niemals einen Bolschewismus gegeben. Auf die Lehre des Juden Marx hat Lenin die Ideologie seiner Herrschaft begründet. Die Juden Trotzki, Sinojew, Kamenew, Bela-Kuhn, Lewin, Jagoda usw. haben Lenin's Herrschaft durch Terror in- und außerhalb Rußlands durchgesetzt. Juden, und zwar ausschließlich Juden, haben die "Sowjet-Kultur" geschaffen.

c)
Die Vor-
herrschaft
der Juden.

Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD. fanden die vermutete dominierende Rolle des Judentums in der UdSSR. in Politik, Wirtschaft und Kultur eher noch übertroffen. Es gibt wohl kein anderes Land, das soweit unter der absoluten Herrschaft einer volksfremden Bedrücker- und Ausbeuterschicht steht wie die Sowjet-Union. Die Herrschaft der Juden in der UdSSR. erstreckt sich ausnahmslos auf alle Lebensgebiete. Es gibt nichts, was nicht von Juden

beeinflusst bzw. beherrscht ist. In der Politik, in der Wirtschaft, in Kunst und Geistesleben, soweit überhaupt die Rede sein kann, ja sogar im Privatleben des Sowjetbürgers spielten die Beziehungen zum Judentum und dessen Einfluß nicht nur überhaupt eine Rolle, sondern waren von ausschlaggebender Bedeutung. Eine Statistik über die Beteiligung des jüdischen Elements am öffentlichen und privaten Leben läßt sich hierfür nicht geben, weil die Unterlagen, obwohl zumindest in der UdSSR, die Juden keinen klar ersichtlichen Grund zur Verheimlichung ihrer Stellung hatten, fehlen bzw. vernichtet oder verschleppt sind.

Vielleicht wollte man nicht vor der Zeit der übrigen Welt allzu klar vor Augen führen, was ihr nach Durchführung der Weltrevolution blüht. Vielleicht spielen auch andere derzeit noch unbekanntere Gründe mit. Zunächst müssen wir uns bei Behandlung der Judenfrage mit den eigenen Beobachtungen und den Mitteilungen bzw. Aussagen aus Kreisen der Bevölkerung bescheiden. Die hierbei getroffenen Feststellungen über die organisierten Machtbestrebungen des Judentums sind vielleicht so überzeugend, daß eine Erhärtung durch offizielles oder nicht offizielles Sowjetzahlenmaterial, dessen Wert immerhin noch zweifelhaft wäre, sich erübrigt. Es ist bei dem vorhandenen Beweismaterial gar nicht mehr möglich, davon zu sprechen, daß das Judentum nicht planmäßig, sondern vielleicht nur infolge seiner eben rassistisch bedingten größeren Gewandt-

heit und Skrupellosigkeit in die machtpolitisch günstigsten Positionen des Gemeinschaftslebens der Sowjet-Union eingedrungen ist. Es ist dies eine Tatsache, die zwar oft bestritten wird, die jedoch vom Sowjetjuden "dem freien Proletarier" der UdSSR. gegenüber nicht nur zugegeben, sondern triumphierend betont wird. Der Ausspruch "in den Sack haben wir Euch schon gesteckt, wir brauchen ihn nur noch zuzubinden" ist nicht etwa Prahlerei eines einzelnen, sondern eine Redensart, die in der gesamten Union unter den Juden bekannt und verbreitet ist. In echt jüdischer Weise wird sie überall dort angewandt, wo ein Nichtjude es wagen sollte, die unbedingte Berechtigung der jüdischen Vorzugstellung schüchtern anzuzweifeln.

d)
Die Juden
in der KP.

Das die tatsächliche Führung der Sowjet-Union jüdisch ist, ist bekannt. Es hat sich herausgestellt, daß die Bürger der UdSSR. diese Tatsache nicht nur mit slawischem Gleichmut hinnehmen, sondern daß die Ablehnung des Juden sich bis zu einem gewissen, allerdings unorganisierten, aber überall fühlbaren Antisemitismus gesteigert hat. (Dieser Antisemitismus ist keineswegs rassisch bedingt, sondern hat seine Grundlage einmal in der wirtschaftlichen Besserstellung der Juden, zum anderen in der eindeutigen Führung des Bolschewismus durch das Judentum und der dadurch hervorgerufenen Unterdrückung und Terrorisierung überhaupt). Es war daher erforderlich, nicht

nur um die Staatsgewalt in der Hand zu behalten, die Partei und ihre Organe mit Juden zu durchsetzen.

Da das Gemeinschaftsleben ausschließlich von der Partei und den von dieser beauftragten Stellen bzw. Organisationen geführt und beeinflusst wurde, lag hier das Hauptbetätigungsfeld der Juden. Die hochbezahltesten Stellen sind die Parteiposten und mit dem der jüdischen Rasse eigenen Zusammengehörigkeitsgefühl führte ein Jude den anderen in die Höhe, bis jedenfalls nach Versicherungen arischer Sowjetbürger zum mindesten 80% aller führenden Stellen in der Partei und ihren Organen sowie die verschiedenen Kommissariate (NKWD.) von den Juden besetzt waren. Es konnte festgestellt werden, daß die gesamte Erziehung - durch die Partei angefangen - vom schreienden Plakat über die götzenhafte kultische Verehrung bolschewistischer Größen und die die Verdummung bezweckende Auslassung über die Sinngebung der marxistisch-lenin-stalinschen Lehren vom Juden stammt.

Ein jedes Werk über die Lehre des Bolschewismus bezeichnet als Verfasser Juden, die es hier nicht einmal für nötig hielten, ihren Namen zu russifizieren. Ein besonderes Kapitel bildet die Verherrlichung der Technisierung und Spezialisierung auf jedem Lebensgebiet, die maßgeblich von Juden vertreten wurde.

Wenn man die das Leben bestimmenden Organe in der Hand hat, muß dafür gesorgt werden, daß die erlassenen Bestimmungen, Gesetze usw. auch ausgeführt werden, d.h. man muß in allen Einrichtungen, die dazu

bestimmt sind, eventuelle unbotmäßige Elemente zur Ordnung zu rufen, entsprechende Leute haben. Außer der Besetzung der besten Organisation dieser Art, des NKWD (ft war der Rayonchef der Provinzchef des NKWD, allerdings Nichtjude, doch konnte an Hand aufgefundener Akten festgestellt werden, daß dies wohl aus Gründen der Tarnung geschah. In diesen Fällen war zumindest der Chef der Geheimen oder der Operationsabteilung ein Jude), wurde das gesamte Justizwesen systematisch mit Juden durchsetzt. Nichtjüdische Richter, Staatsanwälte, Verteidiger, Rechtsanwälte, ja sogar mittlere Gerichtsangestellte, wurden zur Seltenheit. Diese Erscheinung trifft übrigens auf fast alle akademischen Berufe zu. Der Nichtjude soll durchaus studieren, um als Fachkraft später für den Juden arbeiten zu können. Wollte er vorwärtskommen, mußte er in die Partei und der Eintritt in die Partei kam nur für geprüfte und ergebene Anhänger des Bolschewismus in Frage. Somit ist die Partei zum Sieb für die dem organisierten Judentum genehmen Elemente bewusst gemacht worden. Die Macht des Judentums ist damit so groß geworden, daß es sich leisten konnte, jeden einzelnen, der in irgendeiner Form dem Bolschewismus Front machte, zu vernichten. Schon die Bezeichnung "Jude" wurde als Antisemitismus mit langjährigem Gefängnis bestraft.

Damit war der Jude unantastbar geworden. Das Judentum hat seine klare Führungsstellung um so mehr,

37a

als es verstand, auf religiösem Gebiet nicht selbst der von ihm propagierten Gleichmacherei zu verfallen. Die Vormachtstellung des Juden hat seine starke Entwicklung begünstigt. Die hohen Prozentzahlen der jüdischen Bevölkerung in den Städten auch gegenüber der Zarenzeit beweisen das (genaue Zahlen lassen sich auch hier nicht erbringen, da jegliche Unterlagen fehlen).

e)
Die Juden in der
Wirtschaft.

Wie bereits erwähnt, bestand die Möglichkeit, einen gehobenen und verantwortlichen Posten einzunehmen, nur für Angehörige der Kommunistischen Partei bzw. Juden. Hervorgerufen durch das allgemeine Absinken des Lebensstandards waren daher die führenden Stellen in der Wirtschaft die begehrtesten, denn hier bestand die Möglichkeit, sich mit den zu einem angenehmen Leben erforderlichen Gütern zu versehen. Gestützt auf seine Beziehungen war es dem Juden ein leichtes, sich hier zu behaupten, auch wenn er keinerlei Sachkenntnis besaß. Die praktische Arbeit wurde ja sowieso von Nichtjuden geleistet. Der Genosse Direktor und der Genosse Betriebspolitruks mit ihren Mitarbeitern waren nur für Einhaltung der "Generallinie" verantwortlich. Wenn es nicht klappte, wurde der Nichtjude verantwortlich gemacht.

Auf wirtschaftlichem Gebiet hatte der Jude in der Industrie die Leitung der Betriebe in der Hand und brachte fast durchweg seine Rassegenossen in die

höheren und besser bezahlten Stellen hinein, die er auch kraft seiner Geschicklichkeit und Skrupellosigkeit gegenüber dem Ukrainer behielt. Hierdurch ist auch die Überbesetzung von Betrieben durch Angestellte zu erklären, wo bei einer Belegschaft von 1200 rund 400 Angestellte höherer Lohnstufen waren. Von diesen 400 Angestellten waren wiederum bis zu 90% Juden. In einer Ziegelei bei Proskuerow, die 200 ukrainische Arbeiter hatte, waren der Direktor und der Vizedirektor, der technische und kaufmännische Leiter, der Lagerverwalter und Hauptbuchhalter, der Kassierer und der Personalchef Juden. Ähnliche Verhältnisse wurden beispielsweise im Bergbaugebiet in Kriwoj-Rog angetroffen. Im Handel hatte der Jude die Organisation der T o r g s als Grundlage für seine bessere Existenz und Kontrolle des wirtschaftlichen Lebens in der Hand. Auch hier waren die Schlüsselstellungen und damit die besseren Posten von Juden besetzt.

Im handwerklichen Sektor wurden die Artele oftmals von Juden geleitet ohne Rücksicht darauf, ob ein handwerkliches Wissen vorlag oder nicht.

Es ist übrigens ein Irrtum anzunehmen, daß es in Sowjet-Rußland keinen individuellen Einzelhandel gegeben hätte. Unterirdisch! Die Warenknappheit war nicht so groß wie allgemein angenommen wird. Auch die Preise, die seitens der Sowjet-Regierung genau festgelegt waren, waren ebenfalls nicht so hoch, wie

ursprünglich angenommen wurde. Die geradezu katastrophale Verknappung der Güter des täglichen Gebrauchs und die Wucherpreise entstanden dadurch, daß fast sämtliche Waren, die von den staatlichen Fabriken zu den staatlichen Magazinen (Verkaufstellen) gingen, sofort an spekulierende Schleichhändler verschoben wurden und von diesen mit 400 bis 500 Prozent Aufschlag erst in die Hand der Verbraucher gelangten. Warenspekulationen waren allerdings verboten und wurden streng bestraft - wenn Nichtjuden sich damit befaßten -. Bei Juden bestand keine Gefahr, denn alle Überwachungsbeamten waren Juden. Die Richter waren Juden und in ganz kritischen Fällen waren immer noch die Glieder der höchsten zuständigen und Partei-Stellen Juden.

Auf dem Gebiete Landwirtschaft konnten bezeichnenderweise nirgends Juden als Landarbeiter angetroffen werden. Hier ist der Jude wiederum erst in einer besseren Stellung anzutreffen, wobei als kleinste die eines gut bezahlten Buchhalters bei einer Kolchoswirtschaft gelten kann. Sein Hauptbetätigungsfeld in diesem Sektor liegt bei den staatlichen Stellen, die für die Hereinnahme landwirtschaftlicher Produkte den Kombinat und den Saatgutverteilungsstellen verantwortlich zeichnen.

Der Jude hat es also auch hier verstanden, sich auf allen wirtschaftlichen Gebieten eine bessere Lebensstellung zu verschaffen, wenn auch diese nach außen hin von ihm bewußt nicht gezeigt wurde.

f)
Die Juden
in der
Kunst und
Wissen-
schaft.

Kunst und Wissenschaft stehen in der Sowjet-Union ausschließlich im Dienste der bolschewistischen Weltanschauung. Die Kunst ist Propagandamittel. Die Wissenschaft hat praktisch nur die Aufgabe, die "Erkenntnisse" des Marxismus und Leninismus zu untermauern. Es ist kein Zufall, daß die Sowjet-Künstler, soweit sie einen Namen haben, Parteigenossen waren. Es ist ferner kein Zufall, daß es angeblich zu 90% Juden waren. Es ist eine natürliche Folgerung, daß sie Gehälter bezogen, die monatlich oft ein Vielfaches des Jahreseinkommens eines nichtjüdischen Arbeiters ausmachten.

Die Sowjet-Wissenschaft ist, soweit es sich um Physik, Chemie, Mathematik und ähnliches handelt, noch immer in den Händen von Russen und Ukrainern und überhaupt überwiegend Nichtjuden. In Philosophie, Rechtswissenschaft, Geschichte, z.T. auch Medizin ist der jüdische Einfluß sehr stark, besonders in bezug auf die Hochschullehrkräfte.

Der Einfluß in Theater und Film ist nicht nur durch jüdische Schauspieler, sondern auch durch fast durchweg jüdisch-bolschewistische Tendenz spürbar.

g)
Die Juden
in der
Volks- und
Jugender-
ziehung.

Um ein System wie das bolschewistische auf die Dauer halten zu können, genügt nicht nur der vom Spitzelwesen unterstützte Terror des NKWD., sondern

das Volk muß von Jugend an bearbeitet und alle selbst aufbauenden Kräfte von der Wurzel an zerstört werden. Diesem Zweck dient in erster Linie die Kommunistische Jugendorganisation "Komsomol" und die Schulerziehung, die beide in den Händen von größtenteils Juden und Parteikommunisten liegen, vor allen Dingen aber betreibt man mit allen Mitteln die Propaganda gegen den "Rassismus" in der klaren Erkenntnis, daß hier der Ansatzpunkt zur restlosen Vernichtung aller rassistisch bedingten Abwehrkräfte gegen das Judentum liegt. Es ist eine erstaunliche Tatsache, die für die innere Unverdorbenheit des ukrainischen Volkes spricht, daß auf dem flachen Lande (im Gegensatz zu den Städten, bei denen die Verhältnisse ungünstiger liegen) die Rassenmischungen sich in einem sehr geringen Umfange gehalten haben. Es ist aber auch ein Beweis für die planvolle jüdische Machtpolitik, daß die Initiative für Mischungen deutlich das Bestreben zeigen, das zu bleiben, was sie sind, nämlich Juden. Ein weiterer Beweis für die jüdische Planarbeit ist, daß wohl die Kirchen und Bethäuser anderer Konfessionen geschlossen und zerstört und deren Geistliche verfolgt und ermordet wurden, während die Synagogen in ihrer Mehrzahl verschont wurden und die Rabbis ungestört weiterpredigen durften.

Daß die Presse ebenfalls etwa 90% von Juden geleitet wird, ist selbstverständlich, da es in der Sowjet-Union ausschließlich eine staatliche, von der Kommunistischen Partei gesteuerte Presse gibt.

C) 2. Teil: Das sowjetrussische Machtinstrument.
=====

I: Entstehung und Aufbau.

Mit den gemachten Ausführungen ist versucht worden, eine grobe Skizze von den Menschen zu geben, die in der SU. leben und mit denen die bolschewistische Staatsführung 25 Jahre lang gearbeitet hat. Es drängt sich nun die Frage auf: Welchen Instrumentes haben sich die roten Herrscher hauptsächlich bedient, um ihre jüdisch-bolschewistische Macht ungestört ausüben zu können? Es waren nicht die Partei oder die Jugendverbände (die Komsomolzen), denn diese waren zu schwach. Es war das Volkskommissariat für die inneren Angelegenheiten, das NKWD., wie es in der Abkürzung der russischen Bezeichnung heißt. Dieses NKWD. hat einen eigenen Werdegang und umfaßt mehr als eine rein politische Verwaltung.

a)
Die Tsche-
ka.

Die Ausrufung der Diktatur des Proletariats in Rußland als neue Regierungs- und Staatsform nach dem Zusammenbruch des Zarenreiches und der zeitweiligen sozial-revolutionären Regierung K e r e n s k y s im November 1917 löste sofort innerhalb Rußlands und in der übrigen Welt starke Gegenkräfte und Strömungen aus. Das Programm der

40a

Diktatur des Proletariats zur Vernichtung des zaristischen Offizierskorps, der Geistlichkeit, der Intelligenz und des Bürgertums führte zur Bildung der ersten militärischen Widerstandszentren, der weißen Armeen der Generale *D e n i - k i n*, *W r a n g e l l*, *K o l t s c h a k*, *J u d e - n i t s c h* und der ukrainischen Armee. In dreijährigen Kämpfen siegten die Bolschewisten im Jahre 1920 und warfen ihre Gegner über die Grenzen Rußlands hinaus. Aus dieser Flucht der Angehörigen der weißen Armeen in alle Länder der Welt entstand die weißrussische Emigration, die nun den Kampf gegen den Bolschewismus aus der Emigration führen wollte. Im Inneren Sowjetrußlands begann gleichzeitig ein ungeheuer blutiger Kampf gegen die noch im Lande verbliebenen Teile des Offizierskorps, der Geistlichkeit, des Bürgertums und der Intelligenz bis zu ihrer vollständigen Ausrottung. Diese Aufgabe wurde der aus der Roten Garde und der Roten Arbeitermiliz gebildeten "Außerordentlichen Kommission" (*Pschreswütschainaja Komissija*, abgekürzt *T s c h e k a*) übertragen. Die Tscheka war somit der Anfang der bolschewistischen Geheimpolizei. In ihren Reihen fanden sich Mörder, Verbrecher und das gemeinste Untermenschentum zusammen, die in ihrer Mehrheit von jüdischen Kommissaren oder sogar Kommissarinnen geführt wurden. Als Polizei im europäischen Sinne konnte man die "Tscheka" nicht ansprechen, es waren Terrorbanden, die die Offiziers- und Intelligenzschichten, denen sie habhaft werden konnten, einfach als gegenrevolutionär bezeichneten und niederschos-

41

sen. Gerichtsbarkeit und Vollstreckung lag bei ihnen in einer Hand. Ein geordnetes Verfahren durchzuführen, war schon deshalb unmöglich, weil der Bildungsgrad der Angehörigen der "Tscheka" in vielen Fällen gar nicht dazu gereicht hätte. Dieser Terror erregte damals in der gesamten übrigen Welt Unwillen und Erregung.

Im Februar 1922 wurde die "Tscheka" durch Dekret aufgelöst. Die Sowjetregierung stand damals in Anleihenverhandlungen mit der USA. Durch die Auflösung sollte das Aufhören des Terrors in der Sowjet-Union vorgetäuscht werden.

b)
Die GPU.

Durch das erwähnte Auflösungsdekret für die "Tscheka" erfolgte gleichzeitig die Gründung der "Staatlichen Politischen Verwaltung" (Gosudarstwennoje Polititscheskoje Upraw - lenije abgekürzt GPU.). Sie war dem Volkskommissariat des Inneren (NKWD.) der größten Bundesrepublik (RSFSR.) mit dem Sitz in Moskau unterstellt.

Der Aufgabenkreis der GPU. bestand in der Bekämpfung der gegenrevolutionären Tätigkeit, des Bandenunwesens, der Spionage, Diversion, Sabotage und aller sonstigen sowjetfeindlichen Bewegungen. Im Gegensatz zur Tscheka war der GPU. das Recht der Jurisdiktion abgenommen, sie konnte also keine Todesurteile fällen. Gleichzeitig ermächtigte jedoch das "Allrussische Zentrale Vollzugskomitee des Volkskommissariats des Inneren" (WZJK der NKWD.) "besondere Aufträge" zum

41a

Schutze der revolutionären Ordnung durchzuführen, womit die erste Verordnung der Beschneidung des Jurisdiktionsrechtes der GPU. auf Fällung von Todesurteilen wieder aufgehoben werden konnte, wenn das NKWD. der GPU. "besondere Aufträge" erteilte. Nach der Bildung der Sowjet-Union im Jahre 1923 wurde die GPU. Bundesbehörde und erhielt die Bezeichnung - "Vereinigte Staatliche Politische Verwaltung - (OGPU = Ob'jedinjennoje Gosudarstwennoje Polititscheskoje Uprawlenije). Sie gehörte direkt dem Rat der Volkskommissare an und ihr Leiter war beratendes Mitglied im Rat der Volkskommissare.

c)
Das NKWD.

Im Jahre 1934 wurde ein Volkskommissariat des Inneren für die gesamte UdSSR. ins Leben gerufen, (bislang hatte jeder Bundesstaat ein Volkskommissariat des Innern, die alsdann dem Volkskommissariat des Inneren der UdSSR. unterstellt wurden). Es erfolgte nunmehr eine neue Reform der OGPU., indem sie diese Bezeichnung verlor und als eine Abteilung des NKWD. (Volkskommissariat des Inneren) übernommen wurde. Dem NKWD. wurde nun das Recht, Todesurteile zu fällen, endgültig abgesprochen.

d)
Volkskommissariat für die Staatssicherheit.

Im Februar 1941 wurde die Staatssicherheit aus dem Volkskommissariat des Inneren und zu einem selbständigen Volkskommissariat der Staatssicherheit umgewandelt.

wie es bei den bekannten Trotzlisten-Prozessen der früheren Jahre der Fall war.

Die Angehörigen der Untersuchungsabteilungen und -stellen sind mit den Operativarbeitern der übrigen Abteilungen nicht zu verwechseln. Ihre Befugnisse und Machtmittel sind bedeutend größer.

Die bei den Untersuchungsabteilungen und -stellen vorhandenen Anklagevertreter sind diesen nur zugeteilt. In wirtschaftlicher und disziplinarer Hinsicht unterstehen sie dem Hauptstaatsanwalt der UdSSR. Festnahmen und Verhaftungen sollen von der GUGB. eigentlich nur mit seiner Zustimmung durchgeführt werden. In der Praxis führen aber die Operativabteilungen die Festnahmen durch und die Bestätigung hierfür wird nachträglich eingeholt.

Die Agenten der GUGB. sind im allgemeinen Personen, die schon längere Zeit für die GUGB. arbeiten und besonders zuverlässig sind. Als "Residenten" werden in erster Linie solche Personen verwandt, die in den Betrieben den meisten Umgang mit der Belegschaft haben und die einzelnen Personen genau kennen. Für diese Posten werden hauptsächlich Personalbearbeiter, Vorsitzende der Kolchosen und Sowchosen und auf dem Lande Lehrer und Geistliche verwandt. Die "Benachrichtiger" werden den Belegschaften der Betriebe entnommen.

Die Anwerbung der Agenten geht im allgemeinen so vor sich, daß die Dienststellen der GUGB. sich

52a

sämtliche Personalpapiere eines Betriebes vorlegen lassen und dann die geeigneten Personen aussuchen. Diese werden dann zu den Dienststellen bestellt, wo ihnen eröffnet wird, daß sie als Mitarbeiter der GUGB. in Aussicht genommen sind. Den Betroffenen bleibt in solchen Fällen nur die Wahl, als Agent für die GUGB. zu arbeiten oder aber als Gegner des Sowjetregimes angesehen zu werden.

Den "Sonderbenachrichtigern", "Residenten" und "Benachrichtigern" ist es streng verboten, die Dienststellen der GUGB. zu betreten. Zu ihren Zusammenkünften mit den Beamten der GUGB. stehen besondere Wohnungen zur Verfügung.

Das Spitzelsystem in der Sowjet-Union ist so gut ausgebaut, daß z.B. in einem Betrieb mit etwa 250 Angestellten und Arbeitern 40 - 50 Personen für die GUGB. als Agenten tätig sind.

c)
Hauptverwaltung
der Miliz.

Neben der GUGB. ist die Miliz eine sehr wichtige Institution der UdSSR. Sie kann verglichen werden mit der deutschen Ordnungspolizei und hat zahlenmäßig die stärkste Verwaltung im NKWD. Die Angehörigen der Miliz sind allerdings bei der sowjetrussischen Bevölkerung ebenso verhaßt wie die Angehörigen der GUGB.

Die Miliz wird zur Unterdrückung von Unruhen herangezogen. Ihr Einsatz bei derartigen Fällen liegt weniger auf militärischem Gebiet; sie dient vielmehr den anderen Truppen als ortskundige Begleitung.

Der Sitz der Hauptverwaltung der Miliz befindet sich ebenfalls im Gebäude des NKWD. in Moskau. Organisations-

mäßig ist die Gliederung folgende:

- Hauptverwaltung,
- Republikanische Verwaltungen,
- Gebietsverwaltungen,
- Bezirksverwaltungen,
- Kreis (Rayon)-verwaltungen.

Die Verwaltungen sind bis zu den Bezirksverwaltungen in folgende Unterabteilungen gegliedert:

- Standesamt, (also staatliche und keine kommunale Behörde),
- Abteilung für Bekämpfung der Spekulation und öffentlicher Ausschreitungen,
- Sekretariat,
- Abteilung für Außenbeobachtung,
- Kommandoabteilung,
- Administrativ- und Wirtschaftsabteilung,
- Fußabteilung.

Die Zuständigkeit der einzelnen Unterabteilungen braucht nicht näher erläutert zu werden, da ihre Aufgaben klar ersichtlich sind.

d) Die Inneren Truppen haben die Aufgaben, die Hauptverwaltung der In-wichtigsten industriellen Unternehmungen, die Regierungen Truppen. - rungsgebäude, Eisenbahnen, wichtige Brücken usw. zu schützen. Weiterhin haben sie bewaffnete Aufstände und Unruhen niederzuschlagen und zu unterdrücken. Auch zur Bewachung der Zwangsarbeitslager werden sie in besonderen Fällen herangezogen. Die Transporte der Gefangenen und Verbannten werden ebenfalls von ihnen durchgeführt.

Die Hauptverwaltung der Inneren Truppen befindet sich ebenfalls im Gebäude des NKWD. in Moskau. Im Gegensatz zu den übrigen Verwaltungen, die rein verwaltungsmäßig aufgebaut sind, ist die Hauptverwaltung der Inneren Truppen nach militärischen Gesichtspunkten gegliedert.

e)
Hauptverwaltung
der Feuerwehr.

Zu dieser Hauptverwaltung sind keine Ausführungen zu machen.

f)
Hauptverwaltung
der Zwangsar-
beitslager.

Die Hauptverwaltung befindet sich im NKWD.-Gebäude in Moskau. Neben der Verwaltung der Zwangsarbeitslager gehört auch die Verwaltung sämtlicher Gefängnisse zu ihrer Aufgabe.

Die Zwangsarbeitslager in der Sowjet-Union spielen in wirtschaftlicher Hinsicht eine besondere Rolle. Sie sind für den gesamten Aufbau der russischen Industrie und Wirtschaft von Bedeutung. Es ist bekannt, daß von den Zwangsarbeitslagern nicht nur die größten und wichtigsten Bauten in der Sowjet-Union errichtet worden sind, sondern auch der Ausbau der Eisenbahnwege und Wasserstraßen durchgeführt wurde. Die Erschließung der Erdschätze, wie Kohle, Erze, Öl usw. in den bisher wenig besiedelten Gebieten erfolgt fast ausschließlich durch die Zwangsarbeit.

Die Hauptverwaltung der Zwangsarbeitslager gilt als alleiniges Unternehmen für den Bau von großen Werkanlagen, Kanalbauten, elektrischen Kraftstationen, Erschließung der Kohlen- und Erzvorkommen. Die Aufträge für die Errichtung der Werke erhält die Hauptverwaltung von den zustän-

digen Volkskommissariaten. Neben der Erledigung dieser Arbeiten besitzt sie im westlichen Sibirien, im Krasnojarsker Gebiet, in den Kreisen Archangelsk, Wologda, Wjatka, Jaroslawl, Maikop usw. eigene Sägewerke, Lederfabriken und Zelluloseindustrien, die sie für eigene Rechnung bewirtschaftet. Alle diese Betriebe arbeiten mit großem Gewinn und werfen hohe Erträge für die Sowjet-Union ab, da Arbeitslöhne nicht gezahlt werden.

g) Die Verwaltung der Chausseen und Straßen untersteht etwa seit Mitte Juli 1941 dem NKWD. Bis dahin unterstand sie dem Präsidium des Obersten Rates der UdSSR.

Weitere Einzelheiten über diese Verwaltung anzuführen, erübrigt sich.

NB: Als weitere Hauptverwaltung ist nach neueren Angaben die Haupttransportverwaltung im NKWD. bekannt geworden. Authentisches Material über diese Verwaltung liegt bisher noch nicht vor. Ihre Aufgabe soll die Überwachung aller im Transportwesen und in der Schifffahrt tätigen Personen sein.

54a

IV. Das NKWD. in Vergleich zum RmDI. bzw. RF#.

Bei näherer Betrachtung des Verwaltungsaufbaus der SU. ergeben sich einige augenfällige Parallelen zu der Verwaltung im Reichsgebiet. Das NKWD. kann ungefähr in Vergleich gestellt werden mit dem Reichsministerium des Innern.

Die russische Grenzschutztruppe kann verglichen werden mit der deutschen Grenzpolizei. Sie ist streng militärisch ausgebildet und stellt in der SU. entsprechend der Länge der Grenze und der Größe der Aufgaben eine besondere Säule in dem Verwaltungsapparat des NKWD. dar. Der großzügige Ausbau dieser russischen Grenzschutztruppe war offenbar die Vorbedingung für die Bewältigung ihrer umfangreichen Aufgaben. Wahrscheinlich ist es auch der selbständigen Verwaltung dieser Organisation zu verdanken, daß sie ihre Aufgaben anerkanntermaßen gut erfüllt und den russischen Raum gegen Ausländer fast hermetisch abgeschlossen hat.

Im übrigen haben die an den Grenzkontrollpunkten tätigen Zollbeamten den Anweisungen der Grenzschutztruppe nachzukommen, so daß also praktisch der Zoll, der an sich administrativ dem Außenhandelskommissariat untersteht, der ständigen Kontrolle der Grenzschutztruppe bzw. des NKWD. unterworfen ist.

Die Hauptverwaltung der Staatssicherheit - GUGB. -, das vorübergehende NKGB. bzw. die frühere GPU., ist dieselbe Organisation wie die Geheime Staatspolizei im Reich bzw.

das Amt IV im Reichssicherheitshauptamt.

Während die sowjetrussische Miliz, die, wie oben bereits ausgeführt, mit der deutschen Ordnungspolizei in Vergleich gesetzt werden kann, die Kriminalpolizei, die Einwohner-Meldeämter, Standesämter und Palabteilungen einschließt, sind die letztgenannten Institutionen im Reichsgebiet z.T. selbständig (Kriminalpolizei) oder anderen Behörden angegliedert (Standesämter).

Die Inneren Truppen für den Schutz der Industrie erfüllen etwa die gleichen Aufgaben, die im Reichsgebiet den Werkschutz-Organisationen zugeordnet sind.

Die Hauptverwaltung der Feuerwehr bedarf zu Vergleichszwecken keiner besonderen Hervorhebung. Es genügt hier der Hinweis, daß die gesamte Feuerwehr im Reichsgebiet unlängst erst dem Reichsführer # und Chef der Deutschen Polizei unterstellt worden ist.

Die erst in letzter Zeit dem NKWD. angegliederte Hauptverwaltung der Chausseen und Straßen ist offenbar deshalb erst zur selbständigen Verwaltung innerhalb des NKWD. erhoben worden, weil russischerseits die Notwendigkeit und Bedeutung des Ausbaus von Chausseen und Straßen erkannt worden ist. Sie ist dem NKWD. vermutlich aus dem Grunde angegliedert worden, um die billigen Arbeitskräfte aus den Zwangsarbeitslagern voll ausnutzen zu können.

Aus den angestellten Vergleichen erkennt man, daß die Organisationsfähigkeit der Sowjetrussen nicht zu unterschätzen ist und daß sie die Notwendigkeit der Erfüllung bestimmter Aufgaben, aber auch zur Erreichung ihrer Ziele die Notwendigkeit einer straffen Organisation hinreichend erkannt haben, was wiederum sichtbaren Ausdruck findet in dem gesamten Aufbau der sowjet-russischen Inneren Verwaltung.

Betrachtung.

=====

56a

ner einigermaßen richtigen Behandlung wird es so möglich sein, die breiten Schichten nicht nur für den Nationalismus im Sinn eines kulturellen Eigenlebens, sondern auch für Deutschland zu gewinnen.

Zur Beherrschung und Nutzung dieses Landes gehören aber Menschen und zwar deutsche Menschen mit unerhörter Charakterstärke, die hart zuzupacken verstehen, dort wo es unumgänglich notwendig ist, die aber andererseits klug und berechnend ihre Maßnahmen abwägen, ganze Völkerschaften in gerechter Weise und mit politischer Geschicklichkeit zu lenken. Abschließend sei deshalb ein Wort des Führers zitiert (8.9.1941): "Unser großes Ziel im Osten ist im Grunde genommen nur die letzte Auswertung unseres Programms, nach dem wir einst angetreten sind, dieses nüchternen Programms, das die menschliche Arbeit und damit den Menschen selbst in den Mittelpunkt des Handelns, des Strebens und auch des Erfüllens rückt."



53183

IV/22